

Gerhard im Glück

von

Heiner Flassbeck
(*Tagesspiegel*, 17.2.2000)

Hat der Mann ein Glück! Von der politischen Stimmung ganz zu schweigen, aber selbst in der Wirtschaft, die nach Meinung aller "Fachleute" aus Unternehmen und Verbänden nicht gerade zur Domäne dieser Regierung gehört, tut sich Außerordentliches. Deutschland ist wieder auf dem Wachstumspfad, der Konjunkturmotor brummt und auch am Arbeitsmarkt gibt es schon erste Silberstreifen. Was ist geschehen? Sind endlich all die strukturellen Reformen in Gang gekommen, die nach Meinung der erwähnten Fachleute unumgänglich waren, um neue wirtschaftliche Dynamik zu entfachen? War es das 630-Mark Gesetz oder die Neuregelung der Selbständigkeit, die den Durchbruch brachten? Oder gar die noch von Lafontaine ins Werk gesetzte "Jahrhundert-Steuerreform" vom Anfang letzten Jahres, die demnächst von einer weiteren Jahrhundert-Reform ersetzt wird? Oder war es doch Eichels Sparkurs, der auf wunderbare Weise der Konjunktur den entscheidenden Anstoß gab?

Fragen über Fragen. Immerhin scheint klar, daß nicht jedes Gezeiter von Interessenvertretern die Wirtschaft aus der Bahn wirft, und daß es Kräfte in dieser Welt gibt, die stärker sind als noch so viele kleine Irrungen und Wirrungen, die eine neue Regierung mit sich bringt. Welches aber ist die Kraft, die alles antreibt und zumindest die deutschen Industrieunternehmen mit Optimismus in eine rot-grün-regierte Zukunft schauen läßt? Ein Blick in die Statistik hilft. Seit dem Frühjahr 1999 ist die Nachfrage der Industrie aus dem Inland um etwa 8 % gestiegen. Die Nachfrage aus dem Ausland aber hat in dieser Zeit um sage und schreibe 20 % zugelegt. Daß eine solche Nachfragedynamik aus dem Ausland die inländische Industrie mitzieht, Bau und Handel aber darniederliegen, belegt die These von der einen dominierenden Kraft eindrucksvoll. Das, auch nach Meinung der Schröderianer, am Standort schwache Land erlebt einen Exportboom, der seinesgleichen sucht.

Woher kommt der Exportboom? Die Lösung dieses Rätsels kennt inzwischen jedes Kind, denn dem alltäglichen Nachrichtenlamento über die Schwäche des Euro folgt mit Sicherheit der Trost des befragten Experten auf dem Fuße, für unsere Ausfuhr sei die schwächliche europäische Währung ein Segen. In der Tat, der Euro ist schwach. Der Wechselkurs der D-Mark liegt inzwischen gegenüber Yen, Dollar und Pfund um über 20 % unter dem Wert, bei dem man von einer Parität in Sachen Wettbewerbsfähigkeit sprechen könnte. Das heißt, der deutsche Aufschwung lebt derzeit fast ausschließlich von einer massiv unterbewerteten Währung. Kann das gutgehen? Nimmt man die Erfahrungen der Vergangenheit zum Maßstab, kann es ein Jahr gutgehen, vielleicht zwei, maximal drei. Und dann?

Dann folgt mit Sicherheit der Katzenjammer in Form einer Aufwertung des Euro, die ebenso wie die Abwertung weit über's Ziel hinausschießt und zu einer Überbewertung führt. Wer dann nicht im Inland gerüstet ist, muß sich wieder Standortklagen anhören und all die wunderbaren, aber weder ökonomisch noch politisch realisierbaren Rezepte zum Abbau der Strukturdefizite. Wie aber rüstet man sich im Inland? Der Finanzminister, offenbar unter dem Eindruck einiger G-7 Konferenzen, weiß es. Er redet in den letzten Wochen fast nur von der Binnennachfrage, nicht mehr von Schuldenfallen und Zinsbergen, kaum noch von den mittelfristigen Belastungen durch zusätzliche Steuersenkungen. Die Binnennachfrage wird in der

Tat von der europäischen Wirtschaftspolitik mehr als stiefmütterlich behandelt, und Deutschland tut sich dabei besonders hervor.

In den letzten fünf Jahren, also in der Zeit nach dem zinsbedingten globalen Rückschlag für die Konjunktur Mitte der 90er Jahre, explodierte die reale Binnennachfrage in den USA mit einer Zunahme von fast 25 % förmlich. Auch in Großbritannien expandierte sie immerhin um nahezu 20 %. In den Ländern der Europäischen Währungsunion einschließlich Deutschlands dagegen wurden gerade einmal 11 % erreicht. Das absolute Schlußlicht in Europa jedoch war Deutschland mit 7 % in fünf Jahren, während Frankreich und Italien, ganz zu schweigen von den kleineren Ländern, sich wenigstens im Tempo des europäischen Durchschnitts bewegten.

Wie aber stimuliert man rechtzeitig die Binnennachfrage, um der Aufwertungsfalle zu entgehen? Der Königsweg ist der Geldpolitik vorbehalten, die durch niedrige Zinsen mehr Investitionen rentabel machen könnte, ohne daß es an anderer Stelle kneift. Doch das ist längst passé, seit sich die Europäische Zentralbank dem Zinserhöhungsreigen der USA und Großbritanniens angeschlossen und damit den Weg freigemacht hat für einen globalen Anstieg der für die Investoren entscheidenden langfristigen Zinsen. Die Regierung könnte sich im Bündnis für Arbeit dafür stark machen, daß die Löhne schneller steigen als in den letzten Jahren. Vielleicht nicht gerade 5 % wie in diesem Jahr in den USA, oder gar 6 %, wie zuletzt in Großbritannien, aber womöglich um gut 4 %, wie in Dänemark, den Niederlanden oder Finnland. Doch auch das ist nicht zu erwarten angesichts der Diskussionen, die um 2 ½ % Lohnzuwachs schon 1999 in Deutschland geführt wurden. Ansonsten kann man noch auf einen Abbau der privaten Sparquote hoffen, wie das in den meisten der erfolgreichen Länder, insbesondere aber in Schweden, den Niederlanden, Dänemark, Großbritannien und den USA zu beobachten war. Die deutsche Sparquote sinkt zwar, aber zu einem weitgehenden Verzicht auf Ersparnisse scheint man die Haushalte in Deutschland noch nicht bewegen zu können.

Schließlich gäbe es die Möglichkeit, die Binnennachfrage, wie das dem Finanzminister offenbar vorschwebt, mittels der Finanzpolitik zu beleben. Das aber erforderte bei einer Konjunktur, die in Kürze wegen der Restriktionswirkung der Geldpolitik weltweit auf dem absteigenden Ast sein wird, eine fundamentale Richtungsänderung der Finanzpolitik. Es genügte dann nicht, die Steuern zu senken und das bei den Ausgaben weitgehend gegenzufinanzieren, sondern die Defizite selbst müßten kräftig steigen, während die Steuern gesenkt werden. Das aber kann diese Regierung nicht mehr ohne einen massiven Verlust an Glaubwürdigkeit bewerkstelligen, nachdem sie monatelang die staatlichen Schulden als das Grundübel der Wirtschaftspolitik angeprangert hat. Zudem würde das angesichts der europäischen Geldverfassung nur dazu führen, daß die Notenbank die Zügel noch schneller und fester anzieht.

Glück hat Schröder. Nur wird es nicht von Dauer sein. Den einzigen Weg, um einer baldigen weltwirtschaftlichen Abschwächung und einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu entgehen, nämlich die Belebung der Binnennachfrage, kann er nicht gehen. Dafür hat er die nötigen Instrumente nicht in der Hand bzw. selbst aus der Hand gegeben hat. Eine echte Chance hat er also nicht, aber die wird er sicher ergreifen.